

1949-01-26

„Die Union“

Auf dem Weg zur Klarheit

Mein am 4. Januar in der „Neuen Zeit“ und danach in verschiedenen Landeszeitungen der CDU erschienener Artikel „Es muss Klarheit sein...“ hat mehrfaches Echo geweckt und damit wenigstens teilweise seinen Zweck erreicht. Am 12. Januar schrieb in beliebt persönlich zugespitzter Weise Chefredakteur Friedrich in der „Chemnitzer Volksstimme“ unter der Überschrift „Pfarrer Kirsch auf der Suche nach Klarheit“, am gleichen Tage Horst Sindermann in der „Leipziger Volkszeitung“ unter dem Titel „Hintereinander oder nebeneinander?“ und endlich am 17. Januar in der „Sächsischen Zeitung“ (Dresden) Gerhard Ellrodt, an dessen Ausführungen mein damaliger Artikel angeknüpft hatte, unter dem Leitwort „Für Klarheit sind wir immer!“ Natürlich begegnen sich diese drei Stellungnahmen in manchen Punkten in den gleichen Gedankengängen, wenn sie auch die von mir gestellten präzisen Fragen zum Teil übergehen. So wird z.B. der Widerspruch zwischen dem (von allen drei Verfassern erneut bestätigten) Verfassungsentwurf des deutschen Volksrates und den seit Juni 1948 verstärkten Parolen zum Klassenkampf und zur Diktatur des Proletariats nicht geklärt. Denn der Verfassungsentwurf sieht den parlamentarisch-legalen Weg vor, während die Diktatur ihrem Wesen nach ohne Gewaltanwendung nicht denkbar ist. Wie will man Beides auf einen Nenner bringen? Will man in freier und geheimer Wahl über die Diktatur des Proletariats abstimmen lassen? Ist man bereit, wenn eine solche Abstimmung zur Ablehnung durch die große Mehrheit des Volkes führen würde (wovon wir überzeugt sind), dann diesen Weg fallen zu lassen und Staatsform und Wirtschaftsgestaltung Deutschlands der Beschlussfassung des gewählten Parlaments zu überlassen? Gerade dieses Zwielficht in der Haltung der SED war ja zur Diskussion gestellt und scheint mir in den erwähnten Antworten nicht beseitigt zu sein.

Einige Ausführungen meiner Diskussionspartner bedürfen aber doch einer Antwort meinerseits, um die notwendige Klärung weiter zu fördern. Während Friedrich meine Ablehnung „einiger Hausmannsposten für die bürgerlichen Mitläufer“ zu ironisieren sucht, dass doch die von der CDU besetzten Minister-, DWK- und Bürgermeisterstellen keine Hausmannsposten seien, hat Ellrodt den Sinn meiner Bemerkung wohl verstanden und beantwortet die befürchtete Zumutung mit einem klaren „Nein“. Sindermann aber schreibt massiv: „Auch wenn man nebeneinander marschieren will, muss man mindestens so groß wie der Nebenmann sein, wenn man unbedingt Wert auf Gleichberechtigung legt.“ Und übereinstimmend klingt bei allen Verfassern der Vorwurf auf, dass die CDU allzu sehr „bremsend“ wirke und beim Tempo des Vormarsches nicht mitkomme! Wir haben das schon oft gehört, müssen demgegenüber aber feststellen, dass die CDU an allen wirklich fortschrittlichen Entscheidungen in der Ostzone sich positiv beteiligt hat. Ich schrieb in meinem Artikel wörtlich: „Die alten Kräfte, welche die Initiatoren der militaristischen, faschistischen und imperialistischen Irrwege waren, sind ausgemerzt und sollen für immer ausgemerzt bleiben; darin ist die CDU mit allen anderen antifaschistischen Gruppen einig.“

War das nicht deutlich genug? Wo wir „gebremst“ haben, da geschah es nur gegenüber erkanntem Unrecht und einseitigen Übersteigerungen in Richtung auf eine „kalte Sozialisierung“ im marxistischen Sinne, vor allem auch bei der Ausführung von richtig gewollten SMA-Befehlen und Gesetzesbeschlüssen durch die Verwaltungsorgane. In dieser Richtung dürfen wir auch auf die wichtigen Ausführungen von Max Fechner „Zur Sicherung der demokratischen Rechtsordnung“ verweisen, die wir genauester Aufmerksamkeit empfehlen. Man darf uns nicht verübeln, dass in unseren Augen nicht alles und jedes, was von der SED erstrebt und praktiziert wird, unbedingt als wirklich fortschrittlich erscheint, dass also eine Kritik in diesem oder jenem Einzelfalle durchaus nicht als Beweis „reaktionärer Haltung“ angesehen werden darf. Die SED besitzt nicht allein den fortschrittlichen „Stein der Weisen“! Dabei erkennen wir durchaus die Initiative an, mit der sie viele Probleme anpackt und vorwärts getrieben hat, wozu sie bei ihrer Machtstellung ja auch die besten Vorbedingungen hatte. Wir haben auch Verständnis dafür, dass ihr Ziel die Durchsetzung des konsequenten Marxismus ist, müssen aber auch Verständnis und demokratische Achtung dafür beanspruchen, dass wir eben keine Marxisten sind und darum manche Wege nicht mitgehen können, die sie zu gehen wünscht.

In meinem Artikel war besonderer Wert auf die Feststellung gelegt, dass unser Friedenswille besonders auch gegenüber der Sowjetunion, um keinen Grad geringer ist als der der SED, dass wir geradezu unsere besondere Aufgabe darin sehen, als fortschrittliche nichtmarxistische Partei jenen großen Teil des Volkes, der den Marxismus ablehnt, für eine echte Friedenshaltung und deren wirtschaftsstrukturelle Untermauerung zu gewinnen und darin zu festigen. Und ich betonte, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie, die die friedensfeindlichen Kräfte entmachtet hat, eine ebenso feste Friedensgarantie sehen, wie die SED dies von der Diktatur des Proletariats oder überhaupt dem rein marxistischen Staat behauptet. Es ist eine völlige Verkennung meiner Darlegungen, wenn Sindermann darin einen Angriff auf die Volksdemokratien mancher Ostländer, die ich mit keinem Wort erwähnt habe, sehen will, denen gegenüber ich mich in eine „völlig unqualifizierte Stellung gebracht“ hätte.

Welche Staatsform diese Völker sich gewählt haben, ist ihre eigene Angelegenheit, die uns nichts angeht. Uns geht es um die Staatsform Deutschlands, die wir nach unseren eigenen Gegebenheiten und Gesetzen aufbauen wollen, ohne im Westen oder Osten einfach zu kopieren. Jede weitere Entwicklung und jeder Aufbau unserer Demokratie soll das ehrliche gemeinsame Werk aller deutschen Demokraten in gleichberechtigter Zusammenarbeit sein, wobei das Gewicht des Beitrags der einzelnen politischen Weltanschauungsgruppen vom souveränen Volk in freier und geheimer Wahl bestimmt werden soll. Gewiss besteht die Demokratie nicht nur in parlamentarischen Wahlen, sondern auch aus demokratischer Erziehung durch Aufklärung und Entfaltung der Selbständigkeit der Massen, wie Ellrodt schreibt. Aber wir möchten für uns ergänzen, dass wir eine unserer Hauptaufgaben in der demokratischen Erziehung gerade des einzelnen Staatsbürgers, also nicht nur der „Massen“ zu selbständigem politischem Denken sehen, damit die Wahlen, aus denen

das Parlament mit seiner verantwortungsreichen staatspolitischen Aufgabe hervorgeht, nicht das Ergebnis einer bloßen „Massenpsychose“ und Propagandawirkung (wie unter Hitler), sondern der wohlüberlegte Willensausdruck des politisch reifen Volkes seien.

Eines muss ich leider wieder feststellen: die SED verkennt völlig die Bedeutung unseres Rufes zum Sozialismus aus christlicher Verantwortung, der von uns ebenso ehrlich wie seinem Wesen nach als wirtschaftlicher Strukturwandel gedacht ist. Wenn Ellrodt in seinem Artikel z.B. behauptet, dass wir damit „den Kapitalismus verbrämen wollen mit einer almosenhaften Fürsorge des Unternehmers“, dass wir „den Kapitalismus vollinhaltlich bejahen“ so kann er unser amtliches Schriftmaterial nicht aufmerksam gelesen haben. Wir lehnen scharf jede Ausschreitung des Kapitalismus ab, wie sie sich vor allem in der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen einzelner Gruppen zeigt, wir bejahen Sozialisierungsmaßnahmen als Mittel zum Zweck (nicht als Selbstzweck) überall dort, wo das wahre Wohl des Ganzen sie erfordert, und wenn wir uns für eine Erhaltung des mitschaffenden Privatunternehmers in kleinen und mittleren Betrieben der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft einsetzen, dann können wir bei einer auch von uns bejahten staatlichen Wirtschaftslenkung und – aufsicht hieraus großkapitalistische Gefahren nicht entstehen. Natürlich sind wir keine Marxisten, aber deshalb noch lange nicht „Kapitalisten“, weil wir eben in der Wirtschaftsform kein starres Dogma anerkennen können.

Aus dem hier nur kurz Angedeuteten sollte ersichtlich sein, dass neben den klaren Unterschieden zwischen CDU und SED gerade auf wirtschaftlichem Gebiete auch manche Wege gemeinsam gegangen werden können. Die Wahl dieser Wege aber muss parlamentarisch-demokratisch erfolgen: es darf von keiner Seite einen Ausschließlichkeitsanspruch geben. Darum geht es, und auch darüber muss Klarheit sein! Wir wollen gern hoffen, dass die Diskussion über diese Fragen in sachlicher Form weitergeht, bis alle Zweifel darüber behoben sind, wohin der Weg führen sollte.